



Niederschrift Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 22.08.2017
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	19:25 Uhr
Ort, Raum:	Bürgersaal des Stadthauses
Sitzungsnummer	HFA/012/17

- 1 Bericht des Magistrats
- 1.1 Hessenkasse
- 1.2 Kenntnisnahme des Prüfungsberichts über die unvermutete Kassenprüfung vom 15.05-22.05.2017 des FB Revision des Kreises Groß-Gerau
- 2 Beteiligungsbericht 2017
Beschlossen durch Magistrat am 28.06.2017
Vorlage: 0152/S/17
- 3 Errichtung eines Wohnmobilstellplatzes am Rhein
Prüfantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.06.2017, eingegangen am 27.06.2017
Vorlage: 0158/S/17
- 4 Erstellung eines Parkleitkonzeptes für das Hafengebiet
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.06.2017, eingegangen am 27.06.2017
Vorlage: 0159/S/17
- 5 Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur für Elektromobile im neuen Baugebiet Ringstraße 2, 2. Abschnitt
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.06.2017, eingegangen am 27.06.2017
Vorlage: 0160/S/17
- 6 Förderung der Innenentwicklung in der Kernstadt - Optimierung des Flächenpotenzials
Antrag der SPD-Fraktion vom 01.08.2017, eingegangen am 09.08.2017
Vorlage: 0183/S/17
- 7 Einladung der Forstbetriebsgemeinschaft (FBG) Rhein-Main
Antrag der SPD-Fraktion vom 01.08.2017, eingegangen am 09.08.2017
Vorlage: 0184/S/17

Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste

Verlauf

Frau stellvertretende Vorsitzende Andrea Bonifer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Frau stellv. Vorsitzende Bonifer fest, dass folgende Damen und Herren stimmberechtigt sind:

Für die CDU-Fraktion: Frau Bonifer, Herr Trock, Herr Geiger

Für die SPD-Fraktion: Frau Moser, Herr Bayer

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Herr Bornhofen

Für die FDP-Fraktion: Frau Rittberger-Göbler

1 Bericht des Magistrats

1.1 Hessenkasse

Über die Vorschläge des Innenministeriums zum Abbau von Altfehlbeträgen (Kassenkredite) hat der 1. Finanzbericht 2017 bereits inhaltlich informiert. Mit dem Rundschreiben des Hessischen Städtetags vom 4. Juli 2017 wurde über die Idee einer „Hessenkasse“ der Staatsminister Beuth und Dr. Schäfer berichtet.

Das Land Hessen will demnach den Kommunen rd. 6 Mrd. Euro Kassenkredite aus den Büchern nehmen und in eine langfristige Verbindlichkeit bei der WI-Bank umwidmen. Die Umwandlung des Kassenkredite ist so zu rechnen, dass sie auf 30 Jahre mit rund zwei Prozent verzinst getilgt werden. Daraus errechnet sich ein Gesamtvolumen von rund 9 Mrd. Euro, das jährlich mit 300 Mio. Euro bedient werden muss (30 Jahre lang!). Die von den Kassenkrediten betroffenen Kommunen zahlen als unmittelbare eigene Beteiligung rund 100 Mio. Euro jährlich. Rund 140 Mio. Euro pro Jahr trägt die kommunale Gemeinschaft bei und rund 60 Mio. Euro jährlich übernimmt das Land Hessen.

Mögliche Auswirkungen auf die finanzielle Situation der Schöffersstadt Gernsheim

Der 1. Finanzbericht 2017 stellte auf Basis der Vorschläge des Innenministeriums (Szenario 2: Gesamtkreisbetrachtung) eine jährliche künftige Belastung der Schöffersstadt Gernsheim von rd. 1,6 Mio. Euro auf 15 Jahre dar. Die Berechnung ging von einem Kassenkredit des Landkreises Groß-Gerau von 267.613.024 Euro (Ende 2015) und einem städtischen Anteil auf Basis der Steuerkraft in Höhe von 23.840.637 Euro aus $-7 \frac{23.840.637 \text{ Euro}}{15 \text{ Jahre}} = 1.589.376 \text{ Euro/Jahr}$.

Für das nun vorliegende Modell der Hessenkasse ergeben sich andere Zahlen. Ausgehend von den zuletzt veröffentlichten Einwohnerzahlen des hessischen statistischen Landesamtes zum 31.12.2015 beträgt die Einwohnerzahl des Landkreises Groß-Gerau 266.042. Multipliziert man diese Zahl mit dem unter Ziffer 1 genannten Eigenbetrag von 25 Euro pro Einwohner/Jahr ergibt dies eine

auf 30 Jahre festgeschriebene jährliche Belastung in Höhe von 6.651.050 Euro. Geht man auch hierbei von einer Verteilung auf die kreisangehörigen Kommunen anhand der Steuerkraft aus, bedeutet dies eine jährliche Belastung für Gernsheim in Höhe von 592.517 Euro für 30 Jahre.

Die Fortführung des Fonds Deutsche Einheit belastet die Schöffersstadt Gernsheim zudem mit jährlichen rd. 100.000 Euro für die Dauer von 30 Jahren bei einem Gewerbesteueraufkommen von 8,5 Mio. Euro. Die weiteren Auswirkungen auf Gernsheim, beispielsweise durch Reduzierung der Finanzausgleichsmasse kann derzeit nicht beziffert werden.

Nach den aktuell vorliegenden Informationen könnte die "Hessenkasse" die Stadt in den nächsten 30 Jahren 22.500.000 Euro kosten - 750.000 Euro jährlich. Die angekündigte Erhöhung der Kreisumlage um 2 Prozentpunkte (rd. 280.000 Euro) im Jahr 2018 dürfte bereits eine erste Maßnahme zur Entschuldung des Kreises sein.

1.2 Kenntnisnahme des Prüfungsberichts über die unvermutete Kassenprüfung vom 15.05-22.05.2017 des FB Revision des Kreises Groß-Gerau

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 28.06.2017 den Prüfungsbericht des Fachbereichs Revision des Kreises Groß-Gerau vom 24.05.2017 über die unvermutete Kassenprüfung vom 15.05. - 22.05.2017 (mit Unterbrechungen) zur Kenntnis genommen. Die Prüfung hat gemäß § 29 Abs. 3 Gemeindekassenverordnung keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben.

2 Beteiligungsbericht 2017 Beschlossen durch Magistrat am 28.06.2017 Vorlage: 0152/S/17

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Beteiligungsbericht 2017 zustimmend zur Kenntnis.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen	:	einstimmig
Nein-Stimmen	:	-
Enthaltung	:	-

3 Errichtung eines Wohnmobilstellplatzes am Rhein Prüfantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.06.2017, eingegangen am 27.06.2017 Vorlage: 0158/S/17

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezüglich der Errichtung eines Wohnmobilstellplatzes am Rhein wurde seitens der antragstellenden Fraktion bis auf weiteres zurückgestellt.

4 **Erstellung eines Parkleitkonzeptes für das Hafengebiet**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.06.2017,
eingegangen am 27.06.2017
Vorlage: 0159/S/17

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Antrag vorgelegt:

“Wir bitten den Magistrat um das Erstellen eines Parkleitkonzeptes für das gesamte Hafengebiet, einschließlich Schäferwiese.”

Des Weiteren wird seitens der CDU-Fraktion folgender Änderungsantrag vorgelegt:

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

“Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird gebeten, ein Parkleitkonzept für das gesamte Stadtgebiet zu erstellen, mit den Schwerpunkten Innenstadt und Hafengebiet.”

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion:
Zustimmung

Ja-Stimmen	:	einstimmig
Nein-Stimmen	:	-
Enthaltung	:	-

Der ursprüngliche Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist durch den Änderungsantrag der CDU-Fraktion erledigt.

5 **Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur für Elektromobile**
im neuen Baugebiet Ringstraße 2, 2. Abschnitt
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.06.2017,
eingegangen am 27.06.2017
Vorlage: 0160/S/17

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Antrag vorgelegt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt im Rahmen der Erschließung des neuen Wohnbaugebietes Ringstraße 2 zunächst eine Kostenermittlung für den flächendeckenden Aufbau einer Ladeinfrastruktur für E-Mobile zu erstellen.
2. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen in wie weit öffentliche Fördermittel gewonnen werden können um z.B. im Rahmen eines Pilotprojekts diese Ladeinfrastruktur zu verwirklichen.
3. Der Magistrat nimmt Kontakt zum Netzbetreiber Entega auf, um gemeinsam dieses Projekt anzugehen. Sollte die Entega kein Interesse bekunden, werden

- auch andere Anbieter, z.B. die GGEW Bensheim, angesprochen.
4. Nach Vorlage der unter 1-3 geprüften Punkte entscheidet die Stadtverordnetenversammlung über die endgültige Umsetzung.

Bereits in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft wurde vereinbart, über den Antrag in der für den 30.08.2017 terminierten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abzustimmen.

6 Förderung der Innenentwicklung in der Kernstadt - Optimierung des Flächenpotenzials

Antrag der SPD-Fraktion vom 01.08.2017, eingegangen am 09.08.2017
Vorlage: 0183/S/17

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die SPD-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

“Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim stellt ab sofort Mittel für die Innenentwicklung aus dem Produkt 57101 bereit, damit Interessenten, deren Immobilien im vorgesehenen Gebiet des Stadtumbaus, das von der Innenstadtkommission als Auftragsgebiet bestimmt wurde, Zuschüsse beantragen können. In den Haushaltsjahren 2017 - 2031 wird dieses Programm aus dem fortgeschriebenen Produkt 57101 weitergeführt.

Förderung der Innenentwicklung bedeutet, dass die Stadt Gernsheim bei privaten Häusern in der Kernstadt, die zur gesamthaften Verbesserung der Kernstadt und zur Beschaffung modernen Wohnraums modernisiert werden müssen, die Initiative ergreift, Bauherren berät und mit Zuschüssen Baumaßnahmen im Sinne der Optimierung des Flächenpotenzials fördert.

Die Umsetzungsmöglichkeiten erfolgen in enger Abstimmung mit der Magistratskommission zur Kernstadtentwicklung Gernsheim“

Im Rahmen der Aussprache im Bauausschuss am 21.08.2017 wies Herr Stadtverordnetenvorsteher Kaspar darauf hin, dass im Beschlusstext in der 4. Zeile das Wort “Innenstadtkommission” in “Stadtverordnetenversammlung” geändert werden müsse. Herr Jirele stimmte dieser Änderung zu.

Der Antragstext lautet nun wie folgt:

“Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim stellt ab sofort Mittel für die Innenentwicklung aus dem Produkt 57101 bereit, damit Interessenten, deren Immobilien im vorgesehenen Gebiet des Stadtumbaus, das von der **Stadtverordnetenversammlung** als Auftragsgebiet bestimmt wurde, Zuschüsse beantragen können. In den Haushaltsjahren 2017 - 2031 wird dieses Programm aus dem fortgeschriebenen Produkt 57101 weitergeführt.

Förderung der Innenentwicklung bedeutet, dass die Stadt Gernsheim bei privaten Häusern in der Kernstadt, die zur gesamthaften Verbesserung der Kernstadt und zur Beschaffung modernen Wohnraums modernisiert werden müssen, die Initiative ergreift, Bauherren berät und mit Zuschüssen Baumaßnahmen im Sinne der Optimierung des Flächenpotenzials

fördert.

Die Umsetzungsmöglichkeiten erfolgen in enger Abstimmung mit der „Magistratskommission zur Kernstadtentwicklung Gernsheim“

Vor der Abstimmung weisen Herr Fetsch für die CDU-Fraktion und Frau Rittberger-Göbler für die FDP-Fraktion darauf hin, dass sie sich enthalten werden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen	:	3 (2 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen	:	-
Enthaltung	:	4 (3 CDU, 1 FDP)

7 Einladung der Forstbetriebsgemeinschaft (FBG) Rhein-Main Antrag der SPD-Fraktion vom 01.08.2017, eingegangen am 09.08.2017 Vorlage: 0184/S/17

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die SPD-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird gebeten, Vertreter der Forstbetriebsgemeinschaft (FBG) Rhein-Main im vierten Quartal 2017 in eine Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft einzuladen. In dieser Informationsrunde könnten u.a. nachfolgenden Themen aus der Sicht der Forstbetriebsgemeinschaft (FBG) besprochen werden:

- "Stärkere Erholungsfunktion des Waldes" oder "vorrangig forstwirtschaftlichen Nutzen";
- die Kostenfaktoren bei einer alternativen Beförderung;
- Förderprogramme für die Herausnahme von Wäldern aus der Bewirtschaftung;
- wie wird die gegenwärtige Diskussion zum Thema FSC (Forest Stewardship Concil) von der FBG bewertet;

In der heutigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zieht Herr Jirele für die SPD-Fraktion den Antrag zurück.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

Vorsitzende

Schriftführerin